

Regierungsratsbeschluss

vom 22. August 2023

Nr. 2023/1284

Vernehmlassung zur Inkraftsetzung der Änderung des Sexualstrafrechts Schreiben an das Bundesamt für Justiz

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zur Inkraftsetzung der Änderung des Sexualstrafrechts zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zur Inkraftsetzung der Änderung des Sexualstrafrechts beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 22. August 2023

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Obergericht
Gerichtskonferenz, p. Adr. Guido Walser, Amtsgerichtspräsident Thal-Gäu, Schmelzihof
Staatsanwaltschaft
Jugendanwaltschaft
Departement des Innern
Eidg. Parlamentarier (8)